

DEUTSCHE POLITIK

Die Schule zwischen Gebot und Gebot

I

In Köln gibt es sechzehnmal so viele Konfessionsschulen wie Gemeinschaftsschulen. „Was soll ich tun, wenn mein Kind nicht jeden Tag weite Strecken mit der Straßenbahn zurücklegen soll?“ fragt ein Vater in einem Leserbrief: „Die Schule, die um die Ecke liegt, ist katholisch. Wir sind es nicht.“

108 000 Kinder in der Bundesrepublik besuchen aus ähnlichen zwingenden Gründen eine Konfessionsschule des *anderen* Bekenntnisses. Ebenso gibt es Lehrer, die an Schulen unterrichten, die nicht ihrem eigenen Bekenntnis entsprechen.

Die staatliche Konfessionsschule ist eine Erfindung, die speziell in Deutschland anzutreffen ist. In der übrigen Welt gibt es nur drei Länder, in denen — aus naheliegenden Gründen — die katholische Kirche Konfessionsschulen durchsetzen konnte: Italien, Spanien und Portugal. Sonst bestehen selbst in den Ländern, in denen die katholische Bevölkerung über 90 Prozent ausmacht (Frankreich, Belgien, Polen, Österreich), keine staatlichen Konfessionsschulen.

Deutschland ist stets der Brennpunkt weltanschaulicher Auseinandersetzungen gewesen. Von Deutschland gingen in erster Linie die Kreuzzüge aus, in Deutschland nahm auch die Reformation ihren Anfang. Deutschland war der Schauplatz des Dreißigjährigen Krieges. Deutsche trieben den Antisemitismus (der in vielen Ländern existiert) mit wissenschaftlicher Akribie zum Exzeß. Deutschland war für *Hegel*, *Feuerbach*, *Fichte*, *Schopenhauer* und *Nietzsche* Heimat; zwei Deutsche schrieben das Kommunistische Manifest. Die Führerideologie des Faschismus — von einem Deutschen (*Robert Michels*) niedergeschrieben — fand schließlich in Deutschland ihre gespenstische Vollendung, und heute hat der Marxismus — abgesehen von Rotchina — in einem Teil Deutschlands seine festeste Position.

Ein solcher Ausverkauf von Weltanschauungen könnte die beste Gewähr für einen demokratischen Beginn bieten. Doch die Zweifel nagen am Betrachter. Demokratie lebt vom Gleichgewicht der Kräfte, vom dynamischen Spiel einer Vielzahl von Richtungen; man hat dafür das Wort Pluralismus geprägt. Die vielen Kräfte, die in einer Demokratie wirksam sein können, streben nach Macht. Und je mehr sie davon überzeugt sind, als einzige die absolute Wahrheit zu kennen, desto stärker ist ihr missionarischer Eifer.

Man sollte diese allgemeinen Bemerkungen nicht aus dem Auge verlieren, wenn man

über den Kampf um die Schulsysteme und die Lehrpläne in Deutschland nachdenkt. Deutsche Politiker waren es, die in Niedersachsen einen Vertrag mit der evangelischen Kirche und ein Konkordat mit dem Vatikan angestrebt haben, sie empfanden die Situation, in die sie *Hitlers* Schachzug eines Konkordatschlusses im Jahre 1933 gebracht hatte, als unbefriedigend. Sie haben die Kulturhoheit nicht auf Bundesebene geregelt, sondern sie den Ländern überlassen, und stehen heute verklärten Angesichts vor dem Urteil des höchsten deutschen Gerichts, daß zwar das Reichskonkordat von 1933 auch heute geltendes Recht, doch kein Bundesland verfassungsrechtlich verpflichtet sei, die Schulartikel eben dieses Konkordats auch einzuhalten.

II

Die Kirche weiß, was Eltern wünschen (sagt man). Sie weiß auch, was Kindern guttut und was ihnen schadet, denn sie fühlt sich als der Stamm, an dem die jungen Reiser geradewachsen. Natürlich wußten auch die Träger anderer Weltanschauungen, was für Kinder richtig sei. Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten — *Napolas* —, vorher die preußischen Kadettenschulen, heute Lehrerausbildung und FDJ-Gruppen im kommunistischen Teil Deutschlands sind deutliche Beispiele dafür. Aber die Kirche hat einen jahrtausendealten Vorsprung. Sie wies bereits eine festgefügte Organisation auf, als Worte wie Verein und Partei noch unbekannt waren. Als Freidenker kurze Prozesse gemacht und Andersgläubige als Heiden, als Barbaren, als Seelenlose bezeichnet wurden, bestimmte die Kirche, was gut und was böse, was wert und was unwert sei. Seitdem sich die Religion der Unterdrückten und Verfolgten unter Kaiser *Konstantin* zur Staatsreligion aufschwang, hat das Christentum das Erbe aller staatstragenden Religionen angetreten. Die christliche Lehre ist seitdem für alle Länder, in denen sie sich ausbreitete, der Ausgangspunkt für die Regeln, Sitten, Gesetze und Anschauungen dieser Völker gewesen. Sie bestimmte und bestimmt die Werte der Kultur.

Das birgt selbstverständlich politische Macht in sich, Macht, die dann am unerschütterlichsten ist, wenn sie sich auf eine Kraft außerhalb alles Irdischen beruft. So hat die Kirche durch fast zwei Jahrtausende die weltlichen Herrscher gelenkt und die Untertanen belehrt, begleitet und oftmals auch bestraft. In tiefer Erkenntnis des Unterschiedes, was göttlich und was menschlich sei, hat man zwar das Wort vom unerforschlichen Ratschluß geprägt. Nichtsdestoweniger aber bezieht sich der Träger einer Religion stets darauf, daß für ihn dieser Ratschluß natürlich nicht ganz so unerforschlich sei.

Daran wird sich auch in Demokratien nichts ändern (was ohne Zorn und Eifer festzustellen bleibt). Was aber aus naheliegenden Gründen für Länder wie Spanien oder Portugal erklärlich ist, nämlich der unumschränkte Einfluß der Kirche auf das kulturelle Leben und speziell auf die Schule, das ist in einem demokratischen Staat eine bedenkliche Erscheinung. Das Wechselspiel der Kräfte, die demokratische Balance — wie soll das funktionieren, wenn die herangewachsenen Staatsbürger nicht unbefangenen anderen Wertvorstellungen und Kulturen gegenüber treten können? Solange nicht alle Weltanschauungen, alle mythologischen Vorstellungen, alle kulturtragenden Organisationen die gleiche Chance haben, sich dem jungen Staatsbürger vorzustellen, ist das pluralistische Gleichgewicht gestört.

Weiß die Kirche wirklich, was die Eltern wünschen? Nach einer Untersuchung des Emnid-Instituts haben sich 71 Prozent für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen; etwa je die Hälfte davon wünscht sie christlich oder weltlich.

III

„Die Schule soll zu christlicher Frömmigkeit und Sitte erziehen. Im Vergleich dazu ist der übrige Unterricht nur Nebensache“, ließen die bayerischen Bischöfe im vorigen Jahrhundert verkünden. Noch heute gilt für viele Politiker und viele kirchliche Würdenträger, daß die Schule im Schatten der Kirche zu stehen habe. Nuntius *Eugenio Pacelli* forderte von der Weimarer Republik, die Kirche müsse in den Schulverwaltungsorganen Sitz und Stimme erhalten, bei der Prüfung der Lehramtskandidaten mitwirken und verlangen, daß Lehrer, die von der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre abweichen, versetzt würden.

Doch trotz einmal geschlossener und damit unauflöslicher Konkordate beginnt in Deutschland das Tauwetter. Der Einfluß der Kirche auf Schulen und Schüler geht zurück. In Bayern ist die CSU nach langem Zögern zu einer Verfassungsänderung bereit. Baden-Württemberg hat Anfang Februar ein neues Schulgesetz beschlossen, das die „christliche Gemeinschaftsschule“ zur einzigen Form der staatlichen Schule macht. In Nordrhein-Westfalen hat die von SPD und FDP geführte Koalition den ersten Schritt zu einer stufenweisen, umfassenden Reform getan: Die Gemeinschaftsschule soll die Konfessionsschule ablösen. Niedersachsen hat versucht, durch Verträge mit den Kirchen den „Schulfrieden“ wiederherzustellen — aber es säte den Sturm. Die damalige Regierungskoalition von SPD und FDP brach auseinander, als Professoren und Theologen, Pfarrer und Lehrer, Parteimitglieder und Eltern zum Kampf auszogen. Schließlich verhallte der Streit in der großen Öde der Großen Koalition.

Evangelische wie katholische Konfessionsschulen finden weniger Befürworter. Das „katholischen Eltern naturgegebene Recht“, ihre Kinder katholisch erziehen zu lassen (wie Papst *Pius XII.* formulierte), erscheint immer mehr nachdenkenden Menschen fragwürdig. Der Synodalausschuß der evangelischen Kirche äußerte erhebliche Bedenken, die bayerische Katholische Erziehergemeinschaft hält gar das, „was heute Bekenntnisschule genannt wird“, eines Kampfes nicht für wert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich als Gegnerin der Bekenntnisschule erklärt. 15 katholische Professoren nordrheinwestfälischer Pädagogischer Hochschulen forderten die Geistlichkeit auf, ihre „Haltung zu überprüfen“, und sogar die Bischofskonferenz ließ schließlich vernehmen, sie verschloße sich nicht „schulorganisatorischen Reformen“.

Die „christliche Gemeinschaftsschule“ ist auf dem Vormarsch. Auf die Frage des *Spiegel* an den nordrheinwestfälischen Kultusminister *Fritz Holthoff*, ob vielleicht an die Stelle des Reichskonkordats ein „Bundeskonkordat“ treten solle, kam die Antwort: „Die Möglichkeit der Erneuerung des Konkordates wäre, soweit die Schulartikel betroffen sind, nur bei einer Änderung des Grundgesetzes gegeben. Das halte ich für problematisch, denn die föderative Struktur unseres Staates könnte dadurch beeinträchtigt werden.“

Was aber ist eigentlich mit der christlichen Gemeinschaftsschule gewonnen? Daß es weniger Zwergschulen gibt? Daß es keine katholischen Fahrradständer und keine evangelischen Toiletten, keinen katholischen Turnunterricht und keine evangelische Geschichtsdeutung mehr gibt? Längst hängen in Gemeinschaftsschulen die Kreuze über der Tafel, längst wird in Gemeinschaftsschulen vor dem Unterricht gebetet. Evangelische und katholische Theologen suchen gemeinsam die Lesetexte für die Schulbücher aus. Was ist denn eigentlich mit der christlichen Gemeinschaftsschule gewonnen?

IV

Lediglich in Berlin, Hamburg und Bremen bleibt die weltanschauliche Neutralität in den Schulen gewahrt. Die „Bremer Klausel“ des Grundgesetzes sieht anstelle des Religionsunterrichtes einen Unterricht in „biblischer Geschichte“ vor, der nicht an Glaubensbekenntnisse gebunden ist. Sie ist für manchen Katholiken und manch führendes Mitglied der CDU ein Stein des Anstoßes. Das junge Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist ja bislang immer dann gut gewesen, wenn es in die augenblickliche Konzeption paßte, und man ruft immer dann zur Verfassungsänderung, wenn es gilt, die Demokratie zugunsten einer Ordnung zu beschneiden. So auch hier: die Stadtstaaten gelten nicht als Vorbilder, sondern als erstürmenswerte Bastio-

nen des Ungeistes, obwohl sich mehr als 35 Prozent der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik für Schulen ausgesprochen haben, die weder katholisch noch evangelisch noch christlich, sondern eben Schulen sein sollen, in denen die Fülle des Wissensstoffes ohne weltanschauliche Einfärbung vermittelt wird. In den Stadtstaaten werden die Lehrer nicht nach ihrer Konfession gefragt. Niemand verpflichtet sie, christlich zu unterrichten. Die Schwierigkeit, evangelische Kinder aus dem Unterricht eines katholischen Lehrers fortzuschicken, wenn in Geschichte die Reformation behandelt wird, entfällt ebenso wie der Ausschluß katholischer Kinder bei der Behandlung der Abstammungslehre im gemeinschaftlichen Biologieunterricht.

Heute wird die Forderung laut, den Kindern zeitnahen Unterricht zu vermitteln. Die Gemeinschaftskunde hat den Anfang gemacht, Rechts- und Wirtschaftsfragen des Alltags sollen jetzt folgen. Niemand wird dabei auf den Gedanken verfallen, Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände Zutritt zur Auswahl der Lehrer und Einfluß auf notwendige Lehrbücher zu gewähren. Noch aber haben die Kirchen ihre Interessenvertreter an entscheidenden Stellen der Schulaufsicht placiert. Noch wahrt die Kirche ihren Machtanspruch an einer entscheidenden Stelle des demokratischen Lebens: bei der Beeinflussung der heranwachsenden Staatsbürger. Das ist verständlich: Niemand gibt freiwillig von alters her erworbene Machtstellungen auf.

Aber in einem demokratischen Staat ist die Ehe von Thron und Altar fehl am Platze. Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht jeder das Recht hätte, sein Leben so einzurichten, wie er es sich wünscht. Im Gegensatz zum absolutistischen, vom Klerus durchdrungenen

Staat sollte jeder die Möglichkeit haben, zu lehren, zu lernen und zu glauben, was er für richtig hält. Die Regierung eines demokratischen Landes muß deshalb jedem, der eine Privatschule gründen will und der dafür die pädagogische Eignung und die finanzielle Grundlage besitzt, die Errichtung einer Schule gestatten. Ob es sich um eine katholische Konfessionsschule oder ein Institut irgendeiner anderen Weltanschauungs- oder Interessengruppe handelt — wenn diese Organisation zusammen mit interessierten Eltern eine Privatschule einrichten will, so ist gerade eine Demokratie dafür besonders geeignet. Die Privatschule ist sogar von dem katholischen Bischof *Johannes Pohlschneider* als ideale Lösung bezeichnet worden, ebenso wie sich der Jesuit Prof. *Erlinghagen* und Frau Staatssekretär *Hamm-Brücher*, die FDP-Kulturpolitikerin, für die Privatschule ausgesprochen haben.

Heute gibt es viele Lehrer, die sich nicht als Christen fühlen. Viele Eltern, denen an christlicher Erziehung ihrer Kinder nicht gelegen ist. Freidenker und Angehörige anderer Religionen schicken ihre Kinder auf staatliche Schulen. Sie alle haben das Recht, nicht bevormundet zu werden. Wer heute dafür plädiert, daß die Beiträge von Kirchenmitgliedern freiwillig erhoben und nicht als Steuern eingezogen werden, der hat erkannt, daß die Kirche in einem demokratischen Staat keine staatlich begünstigten Vorrechte genießen darf. Von dort ist es nur noch ein Schritt bis zur weltanschauungsneutralen Schule. Vielleicht — wenn man optimistisch ist — werden die Generationen späterer Jahrtausende unser Jahrhundert als den Ausklang des Mittelalters ansehen. Ein spätes Ende einer vergangenen Kulturepoche? Vielleicht. Aber die Bezeichnung wäre ehrlich. *Dr. Reinmar Cunis*